

Verleihung
des Europäischen St.-Ulrichs-Preises
an die Nothilfeorganisation
„Ärzte ohne Grenzen e.V.“

am Samstag, 12. Mai 2018,
in der Studienkirche Mariä Himmelfahrt
in Dillingen a.d.Donau

durch den Vorsitzenden der
Europäischen St.-Ulrichs-Stiftung
Landrat Leo Schrell

Anrede

„Europa christlich bauen“. Diesen Anspruch wollen wir mit der St.-Ulrichs-Stiftung stärken und fördern. Europa wäre ohne christliche Wurzeln nicht das geworden, was es heute ist und wie wir Europa verstehen: **eine Wertegemeinschaft.**

Im Kern unseres Verständnisses von Europa als Wertegemeinschaft steht der Mensch mit seiner unverwechselbaren Würde und Freiheit. Von der gleichen Würde und Freiheit eines jedes einzelnen Menschen bis hin zum Rhythmus unseres Lebens in der Zeit, in Wochen und Sonn- und Feiertagen, sowohl im gesellschaftlichen Zusammenleben als auch in unseren Verfassungen, ist Europa von im Ursprung christlichen Vorstellungen geprägt.

Im Lissabonner Vertrag der Europäischen Union finden wir die Werte in **Artikel 2** explizit aufgeführt:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gemeinschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Eine zutiefst aus humanen und christlichen Wurzeln gespeiste Wertegemeinschaft.

Der Artikel 2 weist auch darauf hin, dass die Europäischen Staaten und Völker aus den schweren Katastrophen der europäischen Geschichte bedeutsame Lehren gezogen haben – zumindest bis vor kurzer Zeit.

Lehren wie:

- Es soll nie wieder Krieg geben in Europa
- Es soll nie wieder totalitäres Denken geben und schon gar nicht totalitäre Regimes in Europa
- Wir wollen Frieden und Freiheit in Europa sichern, gerade weil wir erlebt haben, wie schlimm es für die Menschenwürde vieler Einzelner steht, wenn Unfrieden, Intoleranz, Hass und Unfreiheit herrschen.

Trotz dieser allseits als gültig anerkannten Lehren erleben wir derzeit Europa in einer sehr schwierigen Situation, wenn nicht gar in einer gefährlichen Krise, in der nationalistisches Denken – oftmals auch leider von rechtspopulistischen Sprüchen und

Aktionen begleitet – über die gemeinsamen Ziele und Stärken eines geeinten Europas gestellt wird.

Rechtspopulistische Parteien und Strömungen sind zum Allgemeingut Europas geworden, wobei das Wörtchen „gut“ sicher unpassend ist. Sie haben sich die Stärkung der nationalen Identität, manche sogar offen die Zerstörung der Europäischen Union zum Ziel gesetzt.

In Deutschland sitzen die Rechtspopulisten ebenso im Parlament wie in Frankreich und den Niederlanden. In Österreich sitzen sie bereits am Regierungstisch. Polen und Ungarn sind an rechtsstaatlichen Normen, auf denen die Europäische Union gründet, nicht mehr interessiert. Und die Fliehkräfte des Nationalismus bleiben stark, wie der Brexit und die Situation in Katalonien zeigen.

Die Rebellion gegen Strukturen und Ordnungen ist ein Phänomen unserer Zeit. Sogenannte Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen wirken immer ansteckend und in gewisser Weise faszinierend. Gepaart mit der Angst vor dem Verlust der eigenen Identität, wie sie bewusst und öffentlichkeitswirksam geschürt wird, kann dieses emotional gesteuerte Gefühl der Ungerechtigkeit und des Abgehängtseins staatliche Systeme und Strukturen ins Wanken bringen oder diese zumindest als schlechtere Alternative diffamieren.

Dazu kommt noch, dass in vielen europäischen Staaten in den vergangenen Jahren soziale Verwerfungen wie ungesicherte Arbeitsverhältnisse, steigende Arbeitslosigkeit oder die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt – um nur einige zu nennen – schleichend zugenommen haben.

Hand in Hand mit der Angst vor einem sozialen und gesellschaftlichen Abstieg wird die Wut auf die in Verantwortung stehenden Politiker und die von ihnen geführten Institutionen des Rechtsstaates angeheizt.

Ingeborg Gabriel, Professorin für Christliche Gesellschaftslehre und Sozialethik an der Universität Wien, spricht von einer „...*Klassenkampfrhetorik der neuen Nationalisten, die das ´anständige Volk´ den korrupten Eliten, die miteinander national, europäisch und global vernetzt sind, gegenüberstellt.*“ In diesem Protest gegen die „politischen Eliten“ liegt für sie auch der wesentliche Grund für die stark antieuropäische Ausrichtung der Rechtspopulisten.

Gleichfalls den verhassten Eliten zugerechnet werden die Medienvertreter, die – so der rechtspopulistische Vorwurf – Realitäten verschweigen oder sie je nach politischer Färbung umdeuten (siehe „Lügenpresse“).

Doch wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Unsicherheit sind nicht die einzigen Faktoren, die den Rechtspopulismus in Europa schüren und die Zerrissenheit Europas dokumentieren. Ein bedeutender Faktor für die Zunahme rechtspopulistischer Parteien ist zweifellos die **Migration**, die „Flüchtlingskrise“, und die bisher mangelhaften Versuche der Bewältigung durch die Europäische Union.

Seit 2015, als die Zahl der Zuwanderer nach Europa stark anstieg, schlagen die Rechtspopulisten Kapital aus der weitverbreiteten Unsicherheit gegenüber Einwanderung und nationaler Identität und heizen Rassismus und Ressentiments gegen Muslime und Andersgläubige an, um sich die Unterstützung bis hinein in breite Bevölkerungsschichten zu sichern.

Dazu kommt noch, dass es in der Migrationsfrage eine Trennlinie zwischen den EU-Staaten aus West- und Osteuropa gibt. Kulturelle Grenzen sind für die Osteuropäischen Staaten zu einem zentralen Thema ihrer politischen und nationalen Identität geworden. Daraus speist sich auch die Ablehnung der Migration und die Weigerung, der Verantwortung als EU-Mitglied nachzukommen und die Flüchtlingsquoten der Europäischen Union zu akzeptieren.

Zaki Laidi, als Direktor des Europäischen Instituts in Paris ein ausgesprochener Kenner der europäischen Politik, spricht von Europa als einem „**gespaltenen Kontinent**“ und befürchtet, dass bei den Ländern Osteuropas der Zwang zur Aufnahme von Migranten reichen könnte, um eine EU-Mitgliedschaft

trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile uninteressant zu machen.

Nach meiner Überzeugung muss es eine der Hauptaufgaben der EU im heurigen Jahr 2018 sein, eine gemeinsame, europaweite Lösung der Probleme, die im Zusammenhang mit der Zuwanderung bestehen, zu finden. Sollte dies nicht gelingen, kann ich mir das Ergebnis der Europawahlen 2019 bereits vorstellen.

Als regional verwurzelter, heimatverbundener Mensch wünsche ich unserem gemeinsamen Europa vollen Erfolg.

Vollen Erfolg, weil ich überzeugt bin, dass Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand dauerhaft auch in Deutschland, in Bayern, im Landkreis Dillingen nur in einem geeinten Europa möglich sind.

Wenn wir uns noch einmal den Stiftungszweck in Erinnerung rufen **„...die Förderung der Einheit Europas in christlich abendländischer Tradition und im Geiste des heiligen Ulrich“**, dann haben die Gründerväter der St.-Ulrichs-Stiftung in wei-

ser Voraussicht gehandelt. Warum? Diese Ziele unserer Stiftung sind, wie ich Ihnen in aller Kürze am derzeitigen Zustand Europas zu verdeutlichen versucht habe, aktueller denn je.

Wollen wir die Europäische Idee retten und verhindern, dass wir wieder in Kleinstaaterei und vielleicht sogar in hässlichen Nationalismus zurückfallen, so müssen **wir alle** Europa als einen offenen und freiheitlichen Ort verstehen und auch leben –

- ein Ort, der allen Europäern Heimat und Identität bietet,
- ein Ort, an dem ihre nationale Identität genauso respektiert und geschützt wird wie ihre europäische,
- ein Ort, an dem Migranten menschenwürdig begegnet wird.

Uns muss auch bewusst sein, dass die Stärken Europas wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltenteilung, sprich unser jetziges Leben im Hause Europa, offensiv verteidigt werden müssen. Dazu gehört auch, die Ängste vor Zuwanderung, Globalisierung oder vor dem Verlust eines sicheren Lebens

ernst zu nehmen und mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch zu bleiben.

Sehr wichtig - ja unverzichtbar -, ist in diesem Zusammenhang die in unseren Dörfern und Städten großartige ehrenamtliche Hilfe beim Abbau von sprachlichen und kulturellen Barrieren bei den Asylsuchenden und bei der Bewältigung von Integration anerkannter Migranten.

Mit mehr Verteilungsgerechtigkeit, mehr Teilhabe und mehr Bildung gelingt es auch, den Europaskeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Nur ein einiges, ein vereintes Europa und eine Aussöhnung unter den Völkern Europas kann dauerhaft Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gewährleisten. Dies erfordert jedoch Toleranz gegenüber anderen Völkern, Rassen, Religionen und Kulturen, dazu Mitmenschlichkeit und Humanität. Und gerade Toleranz, Mitmenschlichkeit und humanes Handeln haben ihr Fundament in christlichen Werten und Tugenden wie Gewalt-

losigkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Demut und Barmherzigkeit.

Insofern stimmt der nachhaltige Einsatz von „Ärzten ohne Grenzen“ für diese Werte, für ein humanitäres Völkerrecht signifikant mit den Zielen unserer St.-Ulrichs-Stiftung überein.

Denken Sie zum Beispiel nur daran, dass die Teams der Organisation im Jahr 2016 im Rahmen der Seenotrettung im Mittelmeer mehr als 21 000 Menschen aus dem Wasser gerettet haben. In über 200 Einsätzen kümmerten sie sich insgesamt um an die 30 000 Menschen in Not. Weitere aktuelle Zahlen und eindrucksvolle Einsätze erfahren wir sicher im Anschluss in Ihrer Laudatio, sehr geehrte Frau Büdenbender.

Die Verleihung des Europäischen St.-Ulrichs-Preises an die Nothilfeorganisation „Ärzte ohne Grenzen e.V.“ ist nach unserer Auffassung ein neuerlicher Beweis für die grundsätzliche Orientierung unserer Europäischen St.-Ulrichs-Stiftung und damit unseres Landkreises Dillingen und der Stadt Dillingen an der Geschichte und damit an unseren Werten.

Ich darf nun den Text der Urkunde verlesen:

Der Text der Urkunde wird anhand der Originalurkunde vorgelesen.

Herzlichen Glückwunsch!